

# Bio-Kunststoff darf noch nicht in die Biotonne

VDI nachrichten, Berlin, 16. 4. 04 -

Bio-Kunststoffe sind nach Ansicht der Interessengemeinschaft biologisch abbaubarer Werkstoffe (IBAW) bereits reif für den Markt. Während sie im Ausland vor allem bei kompostierbaren Verpackungen schon gut Fuß fassen können, behindert in Deutschland aber noch ein Verordnungsbollwerk den Durchbruch für ihren Einsatz in konkurrenzfähigem Industriemaßstab.

Vor nicht einmal einem Jahr hat sich der niederländische Ableger der Interessengemeinschaft biologisch abbaubarer Werkstoffe (IBAW), Berlin, gegründet. Und schon hat er die Regierung überzeugt: ab 1. Mai dürfen Niederländer Verpackungen aus Bio-Kunststoffen in die Biotonne werfen. Von derartiger Entscheidungsfreude kann der IBAW-Vorsitzende Dr. Harald Käb in Deutschland nur träumen. Denn Bund, Länder und Kommunen können sich einfach nicht dazu durchringen, die Biotonnen für diese kompostierbaren Werkstoffe (BAW) zu öffnen.

Der Knackpunkt: um mit den Produkteigenschaften rein synthetischer Kunststoffe konkurrieren zu können, mischen die Hersteller auch den Kunststoffen auf Stärke-, Zucker- oder Pflanzenölbasis noch bis zu 50 % synthetische Weichmacher bei. Doch Bioabfall- und Düngemittelverordnung lassen in Deutschland für die Biotonne nur solche Verpackungsmaterialien zu, die einzig und allein nachwachsende Rohstoffe enthalten.

„Der Gesetzgeber stellt sein Ziel, so viel nachwachsende Rohstoffe wie möglich einzusetzen, an den Anfang des innovativen Prozesses, und führt ihn damit ad absurdum“, kritisiert Käb. Der IBAW-Vorsitzende schlägt statt verfrühter Rohstoffquoten ein Zertifizierungsverfahren vor, das der von 30 Unternehmen getragene Branchenverband mit der unabhängigen Zertifizie-

rungsstelle DIN Certco und verschiedenen Fachverbänden entwickelt hat. Auf Grundlage diverser Prüfnormen (DIN EN 13432, DIN V 54900) erhalten nur solche BAW das Zertifikat, die binnen zehn Wochen ohne kritische Rückstände verrotten.

Diese Anforderung schaffen auch Kunststoffe mit synthetischen Anteilen. Die problemlose Verwendbarkeit des Komposts, der aus ihnen entsteht, hat laut den IBAW-Informationen ein Modellprojekt in Kassel bereits nachgewiesen. Weder in Laboranalysen noch bei einem landwirtschaftlichen Feldversuch seien Qualitätseinbußen festgestellt worden. „Man kann zertifizierte BAW also problemlos für die Biotonne zulassen und das würde die

Markteinführung erheblich erleichtern“, ist Käb überzeugt.

Doch es gibt noch eine weitere Bremse für die Markteinführung von BAW-Produkten in

der Bundesrepublik – die deutsche Verpackungsverordnung. Sie ist für Jöran Reske das „gravierendste Problem“. Denn bevor Unternehmen BAW-Verpackungen in den Handel bringen könnten, müssten sie dafür laut Verpackungsverordnung eine flächendeckende Rücknahme und Verwertung garantieren, wie der Projektleiter der Kölner Interseroh Entsorgungsdienstleistung Ende März auf einer Informationsveranstaltung über die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Markteinführung von Bio-Kunststoffen in Berlin hervorhob.



Harald Käb zeigt eine der wenigen kompostierbaren Kunststoffverpackungen auf dem deutschen Markt. Der IBAW-Vorsitzende ist überzeugt: „Man kann zertifizierte Produkte problemlos für die Biotonne zulassen.“ Foto: Peter Trechow

Normalerweise sei das eine Aufgabe von Entsorgungsdienstleistern. Doch die können bisher kein flächendeckendes Recycling-System entwickeln. „Dafür bräuchten wir mindestens in einem Bundesland Verträge mit allen Kommunen, die ja die Hoheit über die Biotonne haben“, so Reske. Die Kommunen ließen sich aber nicht auf Vertragsgespräche ein solange kaum Bio-Kunststoffe auf dem Markt sind.

Ohne Entsorgungssystem wiederum schrecken die potenziellen Anwender von BAW-Verpackungen – wie beispielsweise die großen Lebensmittelkonzerne – vor einem Einsatz zurück. „Wir haben hier ein typisches Henne-Ei-Problem“, erklärte Reske. Um es zu lösen, schlägt der Interseroh-Experte

eine befristete Ausnahmeregelung vor, die Bio-Kunststoffe vorerst vom Anspruch eines flächendeckenden Entsorgungssystems befreit.

Rheinland-Pfalz habe im Bundesrat gerade eine Initiative für eine Ausnahmeregelung gestartet, doch die Chancen dafür stünden schlecht. Denn wegen des Dosenpfand-Streits, so Reske, sei die anstehende Novelle der Verpackungsverordnung zwischen Bundestag und Bundesrat nachhaltig blockiert.

Angesichts dieser Realität warf Reske einen sehnsüchtigen Blick in die Niederlande: „Die politisch Verantwortlichen unterstützen dort die schnelle Markteinführung, weil sie darin einen wichtigen Schritt zur nachhaltigen

Umgestaltung der Chemieproduktion sehen“, argumentierte der BAW-Befürworter. Dass die Entsorgungsfrage noch nicht perfekt gelöst sei, spiele dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Laut Käb hat die Kunststoffindustrie weltweit inzwischen mehr als 1 Mrd. € in Forschung, Entwicklung und Produktionsanlagen für BAW investiert. Sie werde den eingeschlagenen Weg ganz sicher weiter verfolgen, die Frage sei nur, „welche Rolle Deutschland dabei spielen wird“, warnte der IBAW-Chef davor, das große Innovationspotenzial dieser Werkstoffklasse durch unangepasste Rahmenbedingungen nicht nutzen zu können.

BAW bleiben hierzulande in der Öko-Nische, warnte auch Dr. Ursula Seeliger. Damit, so die für Spezialkunststoffe zuständige Expertin der BASF, Ludwigshafen, drohe Deutschland den Anschluss zu verlieren obwohl Grundlagenforschung, Zertifizierung und erste Modellversuche hier ihren Ursprung hätten und dabei jeweils reichlich Steuergelder geflossen seien. Deutlich machte das Seeliger an einem Beispiel aus ihrem eigenen Geschäft: obwohl BASF den zertifizierten Biokunststoff „Ecoflex“ in Deutschland produziere, verkaufe man davon in Japan neun Mal mehr als hier.

Auch in Norditalien wächst das Marktpotenzial der BAW. Stefano Facco, Leiter Technologie und neue Produkte bei Novamont, Novara, konnte berichten, dass sein Unternehmen bereits 70 % der gesamten Produktpalette aus nachwachsenden Rohstoffen herstellt. Ziel sei es, auf 100 % zu kommen. Die Absatzmärkte findet Facco in der Schweiz, Österreich, Großbritannien oder Italien, wo es bereits erste Produkte gebe, die nur noch aus kompostierbarem Material produziert werden dürfen – zum Beispiel Wattestäbchen. Weil diese oft an den Filtern der Kläranlagen vorbei bis an die Strände gelangen, müssten die Produzenten nun für den zügigen natürlichen Verfall ihrer Produkte sorgen. PETER TRECHOW/Si